



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 35/GP

07.03.2018

Huml wirbt für verstärkte europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen - Bayerns Gesundheitsministerin sprach am Mittwoch mit EU-Gesundheitskommissar Andriukaitis in Brüssel auch über Impfpolitik



Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hat am Mittwoch bei einem Besuch in Brüssel für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen geworben. Huml betonte nach einem Treffen mit dem EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Vytenis Andriukaitis: "Die Gefahr durch antibiotikaresistente Erreger darf nicht unterschätzt werden. In Bayern gehen wir bereits intensiv gegen dieses Problem vor."

Huml fügte hinzu: "Mein Ziel ist es, den verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika zu stärken und den unsachgemäßen Antibiotika-Einsatz deutlich einzudämmen. Es ist sehr wichtig, dass der Antibiotika-Verbrauch insgesamt reduziert wird. Ich begrüße es daher, dass sich auch die EU-Kommission für die Bekämpfung der Antibiotikaresistenzen einsetzt."

Huml und Andriukaitis erörterten auch das Konzept zu einer gemeinsamen europäischen Impfpolitik, das die Europäische Kommission derzeit vorbereitet. Damit soll die Kooperation und Koordination zwischen Mitgliedstaaten, Industrie und anderen Beteiligten beim Impfen ausgebaut werden. Konkretes Ziel ist unter anderem eine Anhebung der Impfquoten.

Außerdem soll eine verstärkte Zusammenarbeit in der Forschung, Beschaffung und Bevorratung von Impfstoffen erreicht werden. Huml erläuterte: "Nur gemeinsam kann es uns gelingen, hochansteckende Krankheiten wie etwa die Masern zu eliminieren. Denn diese machen nicht vor Ländergrenzen Halt."

Die Ministerin fügte hinzu: "Bayern begrüßt zum Beispiel gemeinsame europäische Medienkampagnen. Für besonders sinnvoll halten wir auch einen gemeinsamen Krisenmanagementplan, um Risiken bei der Impfstoffherstellung zu verringern. Einem gemeinsamen europäischen Impfplan stehen wir kritisch gegenüber, da wir zum Beispiel eine allgemeine Impfpflicht, wie sie nun etwa Italien und Frankreich eingeführt haben, zum derzeitigen Zeitpunkt ablehnen. Bayern setzt stattdessen auf eine Überzeugung der Bevölkerung durch intensive Beratung und Aufklärung."



Huml ergänzte: "Der bayerische Weg ist auch sehr erfolgreich: Bei Kindern konnten die Impfquoten deutlich gesteigert werden, wie aktuelle Daten bei Schulanfängern und bei Jugendlichen von weiterführenden Schulen in der 6. Klasse zeigen. Die Impfquoten für die vollständige Grundimmunisierung in Bayern liegen bei den Impfungen gegen Diphtherie, Tetanus, Polio und Pertussis bei rund 95 Prozent."

Ein weiteres Thema bei dem Treffen war die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln. Huml unterstrich: "Liefer- und Versorgungsengpässe sowie Arzneimittelfälschungen nehmen zu. Gemeinsam müssen wir nach Wegen suchen, wie wir die Versorgung der Menschen in Europa mit Arzneimitteln auch in Zukunft sicherstellen können. Langfristiges Ziel muss es sein, Forschung, Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln wieder nach Europa zurückzuholen."

Die Ministerin bekräftigte: "Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es, eine nachhaltige Arzneimittelversorgung zu sichern. Dabei ist europäische Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt, um in einem globalen Marktgeschehen die nationale Versorgung zu sichern."

Huml betonte ferner: "Auch im Bereich der wissenschaftlichen Kooperation, dem Health Technology Assessment (HTA), ist eine Vertiefung der freiwilligen europäischen Zusammenarbeit zielführend. Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission im HTA-Bereich ist aber zu weitgehend und greift zu sehr in unsere nationalen Zuständigkeiten für das Gesundheitssystem ein."